

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2011 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten, die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die Wertminderung sonstiger finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2012 gewertet werden.

Seit dem zweiten Quartal 2011 hat der Konzern die Bewertung seiner wesentlichen besicherten Derivate auf die Overnight-Interest-Rate-Swap (OIS)-Kurve umgestellt, um die aus besicherten Derivaten resultierenden Zins- und Refinanzierungsrisiken im Einklang mit der Preisermittlung einheitlich zu steuern. Der geänderte Bewertungsansatz hatte im ersten Halbjahr 2012 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Im ersten und zweiten Quartal 2012 hat der Konzern die Annahmen zur Ableitung des Diskontierungszinssatzes für seine Pensionspläne in Deutschland angepasst. Weitere Angaben hierzu enthält der Abschnitt „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – Pensions- und sonstige Versorgungszusagen“.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Seit dem 1. Januar 2012 kamen keine neuen Rechnungslegungsvorschriften, die für den Konzern relevant sind, erstmalig zur Anwendung.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, IAS 19, „Employee Benefits“, IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“, IFRS 7, „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“, IFRS 10, „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11, „Joint Arrangements“, IFRS 12, „Disclosures of Interests in Other Entities“ (einschließlich der im Juni 2012 veröffentlichten Änderungen zu den Übergangsvorschriften für IFRS 10-12), IFRS 13, „Fair Value Measurement“, IFRS 9 und IFRS 9 R, „Financial Instruments“ sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 30. Juni 2012 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung. IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“, der für das Geschäftsjahr bestimmte Angaben hinsichtlich der Übertragung finanzieller Vermögenswerte verlangt, trat für den Konzern zum 1. Januar 2012 in Kraft. Die mit der Anwendung der Vorschrift verbundenen Angaben werden erstmals im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 bereitgestellt. Alle Standards sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber – mit Ausnahme von IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, IAS 19, „Employee Benefits“ und IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“ – noch der jeweiligen Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung dieser neuen Rechnungslegungsvorschriften auf den Konzernabschluss. Die Umsetzung der geänderten Vorschriften zu IAS 1 und IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“ wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Änderungen der IFRS 2009-2011 („Improvements to IFRS 2009-2011 Cycle“)

Im Mai 2012 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Im ersten Halbjahr 2012 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden generell für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Staatsschuldenkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäfte refinanzieren können. Die Bank überprüfte daraufhin ihre interne Refinanzierungsmethodik. Als Ergebnis wurde der bestehende Ansatz mit Wirkung vom 1. Januar 2012 verfeinert, um die externen Finanzierungskosten und die Nutzung von Liquidität im Zusammenhang mit unbesicherten Finanzierungsquellen stärker zu berücksichtigen.

Nachfolgend sind die finanziellen Nettoauswirkungen dieser Verfeinerung auf die Geschäftsbereiche im ersten Halbjahr 2012 beschrieben:

- GTB (34 Mio €), AWM (24 Mio €), PBC (13 Mio €) und CI (2 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (73 Mio €) erhielt zusätzliche Belastungen.

Allokation des durchschnittlichen Active Equity

Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente. Nach der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation blieben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 %, um den gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Im

Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Allokation von Kapital auf die Segmente, im Wesentlichen auf CIB. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag Consolidation & Adjustments zugeordnet.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2012 und 2011.

2. Quartal 2012	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	3.526	972	4.499	891	2.425	3.316	262	- 55	8.022
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112	47	159	14	243	257	2	0	419
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.054	616	3.670	843	1.771	2.614	330	29	6.643
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 4	-	- 4	0	-	0	-	-	- 4
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	3	-	3	- 1	13	12	- 0	- 15	-
Ergebnis vor Steuern	357	309	666	35	398	433	- 70	- 69	960
Aufwand-Ertrag-Relation	87 %	63 %	82 %	95 %	73 %	79 %	126 %	N/A	83 %
Aktiva ¹	1.790.315	91.205	1.861.218	60.217	346.034	406.226	23.412	10.602	2.241.174
Risikogewichtete Aktiva	221.664	25.670	247.334	15.655	95.222	110.877	11.660	2.764	372.635
Durchschnittliches Active Equity ²	27.324	3.004	30.327	5.803	13.528	19.331	1.242	4.419	55.319
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	5 %	41 %	9 %	2 %	12 %	9 %	- 23 %	N/A	7 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

² Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

³ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 7 %.

2. Quartal 2011 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	3.977	886	4.863	976	2.563	3.539	194	- 56	8.540
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	96	31	127	13	320	333	4	- 0	464
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.907	549	3.455	737	1.736	2.473	329	41	6.298
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	77	-	77	0	-	0	-	-	76
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	5	-	5	- 1	50	49	- 1	- 54	-
Ergebnis vor Steuern	969	306	1.275	227	458	684	- 139	- 43	1.778
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	62 %	71 %	75 %	68 %	70 %	N/A	N/A	74 %
Aktiva (zum 31.12.2011) ¹	1.727.156	96.404	1.796.954	58.601	335.516	394.094	25.203	11.154	2.164.103
Risikogewichtete Aktiva (zum 31.12.2011)	228.711	26.986	255.698	16.344	95.472	111.816	11.848	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity ²	22.657	3.014	25.671	5.613	13.855	19.468	1.469	3.156	49.763
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	17 %	41 %	20 %	16 %	13 %	14 %	- 38 %	N/A	14 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

² Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

³ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 14 %.

Jan. – Jun. 2012 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	8.746	1.939	10.685	1.774	4.926	6.700	266¹	-437	17.214
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	196	81	277	14	437	451	4	0	733
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.466	1.209	7.675	1.582	3.636	5.218	642	108	13.643
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	145	-	145	0	-	0	-	-	145
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	10	10	-	-	10
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	9	-	9	0	42	42	-7	-45	-
Ergebnis vor Steuern	2.074	649	2.724	177	811	988	-373	-501	2.838
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	62 %	72 %	89 %	74 %	78 %	N/A	N/A	79 %
Aktiva²	1.790.315	91.205	1.861.218	60.217	346.034	406.226	23.412	10.602	2.241.174
Risikogewichtete Aktiva	221.664	25.670	247.334	15.655	95.222	110.877	11.660	2.764	372.635
Durchschnittliches Active Equity ³	27.134	3.005	30.140	5.784	13.514	19.298	1.267	4.024	54.728
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Active Equity) ⁴	15 %	43 %	18 %	6 %	12 %	10 %	-59 %	N/A	10 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 257 Mio € im Zusammenhang mit dem Engagement bei Actavis.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 10 %.

Jan. – Jun. 2011 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	9.820	1.739	11.559	1.978	5.635¹	7.613	374	- 532	19.014
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	108	52	160	32	639	671	6	- 0	837
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.440	1.107	7.546	1.528	3.624	5.152	673	7	13.378
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	142	-	142	0	-	0	-	-	141
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	- 0	-	- 0	-	- 0	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	-	16	0	127	127	- 1	- 142	-
Ergebnis vor Steuern	3.257	580	3.836	417	1.245	1.662	- 304	- 396	4.799
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	64 %	65 %	77 %	64 %	68 %	180 %	N/A	70 %
Aktiva (zum 31.12.2011) ²	1.727.156	96.404	1.796.954	58.601	335.516	394.094	25.203	11.154	2.164.103
Risikogewichtete Aktiva (zum 31.12.2011)	228.711	26.986	255.698	16.344	95.472	111.816	11.848	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity ³	23.009	3.053	26.063	5.733	13.820	19.552	1.424	2.311	49.349
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	28 %	38 %	29 %	15 %	18 %	17 %	- 43 %	N/A	19 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank, die nach der Equitymethode bewertet wurde. Dieser Betrag basiert auf der Darstellung wie im ersten Quartal 2011. Er beinhaltet einen Bruttogewinn in Höhe von 263 Mio €, der zum Teil durch erwartete Kosten in Höhe von 26 Mio € vermindert wurde, die sich später im Jahr 2011 nicht materialisiert hatten. Dieser positive Effekt wurde für die Berechnung der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Im zweiten Quartal 2012 verzeichnete Consolidation & Adjustments (C&A) einen Verlust vor Steuern von 69 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 43 Mio € im Vorjahresquartal. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf negative Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften, verursacht durch gestiegene Terminzinssätze in den abgesicherten Währungen, unterschiedliche Bilanzierungsmethoden zwischen Managementberichterstattung und IFRS sowie die Eliminierung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen. Letztere mindern das Ergebnis vor Steuern der Segmente und standen hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch positive Beiträge aus steuerbezogenen Zinsen und aus einem positiven Effekt im Zusammenhang mit der Verfeinerung der erstmaligen Anwendung der britischen Bankenabgabe in 2011 ausgeglichen. Die Entwicklung der Risikoaufläge auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten hatte in beiden Quartalen keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis von C&A.

Im ersten Halbjahr 2012 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 501 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 396 Mio € im ersten Halbjahr 2011. Dieser höhere Verlust vor Steuern resultierte im Wesentlichen aus einer Reduzierung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Des Weiteren trugen die bereits erwähnten Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften zu dem höheren Verlust bei. Diese Effekte wurden teilweise durch vorgenannte Zinserträge ausgeglichen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2012 und 2011.

in Mio €	Corporate & Investment Bank			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.177	2.348	5.567	6.039
Sales & Trading (Equity)	546	555	1.272	1.499
Sales & Trading insgesamt	2.723	2.904	6.839	7.538
Emissionsgeschäft (Debt)	284	318	662	696
Emissionsgeschäft (Equity)	89	244	227	425
Emissionsgeschäft insgesamt	372	562	889	1.121
Beratung	136	152	258	311
Kreditgeschäft	303	284	606	737
Transaction Services	972	886	1.939	1.739
Sonstige Produkte	-8	75	154	114
Insgesamt¹	4.499	4.863	10.685	11.559

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

in Mio €	Private Clients and Asset Management			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	557	614	1.096	1.212
Beratungs-/Brokeragegeschäft	385	443	841	963
Kreditgeschäft	655	633	1.302	1.274
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	580	570	1.197	1.124
Sonstige Produkte ¹	1.138	1.280	2.264	3.040
Insgesamt²	3.316	3.539	6.700	7.613

¹ Sonstige Produkte beinhaltet Postbank.

² Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Zinsüberschuss	3.894	4.492	8.087	8.659
Handelsergebnis ¹	156	514	2.404	3.280
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	803	196	954	82
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	959	710	3.358	3.362
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.853	5.202	11.445	12.021
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	373	405	896	1.052
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.950	2.121	5.193	5.601
Sales & Trading insgesamt	2.322	2.526	6.089	6.653
Kreditgeschäft ³	142	19	196	265
Transaction Services	419	438	881	845
Übrige Produkte ⁴	95	233	294	393
Corporate & Investment Bank insgesamt	2.978	3.215	7.460	8.157
Private Clients and Asset Management	1.772	1.945	3.646	3.889
Corporate Investments	-4	30	33	73
Consolidation & Adjustments	107	12	305	-98
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.853	5.202	11.445	12.021

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Gewinne von 7 Mio € für das zweite Quartal 2012 (zweites Quartal 2011: Gewinne von 53 Mio €) und Gewinne von 39 Mio € für das erste Halbjahr 2012 (erstes Halbjahr 2011: Verluste von 95 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 17 Mio € für das zweite Quartal 2012 (zweites Quartal 2011: negative 130 Mio €) und negative 7 Mio € für das erste Halbjahr 2012 (erstes Halbjahr 2011: 177 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	843	939	1.659	1.774
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	835	1.028	1.703	2.146
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.121	1.080	2.287	2.208
Provisionsüberschuss insgesamt	2.799	3.047	5.649	6.128

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Aufwendungen für Pensionspläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	63	66	129	133
Zinsaufwand	155	150	308	300
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 144	- 132	- 287	- 265
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	1	3	2	8
Pensionspläne insgesamt	75	87	152	176
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	1	1	2	2
Zinsaufwand	1	2	3	4
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	2	3	5	6
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	77	90	157	182
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	94	78	200	184
Pensionsaufwendungen insgesamt	171	168	357	366
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	56	59	118	116

Die derzeit erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2012 voraussichtlich 125 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2012 werden nicht erwartet.

Für die bedeutendsten Pensionspläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum jeweiligen Bewertungsstichtag über einen Zinsstrukturkurvenansatz hochrangiger Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt erwarteter zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Bei der Bestimmung des zum 31. März 2012 für Deutschland angewandten Diskontierungszinssatzes entschied der Konzern, die zugrunde liegende Grundgesamtheit für Anleihen so zu erweitern, dass nun auch hochrangige gedeckte Bankschuldverschreibungen einbezogen werden. Diese Neukalibrierung hatte einen Anstieg im Diskontierungszinssatz von 30 Basispunkten und damit einen versicherungsmathematischen Gewinn von ungefähr 308 Mio € vor Steuern im ersten Quartal 2012 zur Folge. Des Weiteren entschied der Konzern, bei der Bestimmung desselben Zinssatzes zum 30. Juni 2012 im Bereich der Kurvenextrapolation eine Anpassung der berücksichtigten Anleihen vorzunehmen, die zur Stabilität der Methode beitragen soll. Dies hatte einen Anstieg des Diskontierungszinssatzes von 40 Basispunkten und damit einen versicherungsmathematischen Gewinn von ungefähr 395 Mio € vor Steuern im zweiten Quartal 2012 zur Folge. Der sich aus diesen Änderungen ergebende Diskontierungszinssatz zur Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtung in Deutschland, der zum 30. Juni 2012 Anwendung fand, beträgt 4,6 %.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2012		2011	
	2. Quartal	Jan. – Jun.	2. Quartal	Jan. – Jun.
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:				
EDV-Aufwendungen	626	1.214	540	1.101
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	519	1.046	463	945
Aufwendungen für Beratungsleistungen	471	873	387	757
Kommunikation und Datenadministration	223	455	206	425
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	145	269	133	259
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	176	307	124	249
Marketingaufwendungen	97	182	107	201
Konsolidierte Beteiligungen	191	367	158	319
Sonstige Aufwendungen ¹	808	1.727	739	1.338
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.256	6.440	2.857	5.594

¹ In den sonstigen Aufwendungen sind Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 256 Mio € für das zweite Quartal 2012 enthalten (zweites Quartal 2011: 121 Mio €).

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	220.567	214.087
Sonstige Handelsaktiva ¹	27.281	26.837
Handelsaktiva insgesamt	247.848	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	848.493	859.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	127.142	117.284
Forderungen aus Wertpapierleihen	38.173	27.261
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	22.721	24.220
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.354	11.528
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	199.390	180.293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.295.731	1.280.799

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16.298 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 18.039 Mio €).

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Handelspassiva:		
Wertpapiere	62.523	60.005
Sonstige Handelspassiva	4.286	3.881
Handelspassiva insgesamt	66.809	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	829.275	838.817
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	79.348	93.606
Kreditzusagen	959	1.192
Langfristige Verbindlichkeiten	15.340	13.889
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	18.690	9.631
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	114.337	118.318
Investmentverträge ¹	7.333	7.426
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.017.754	1.028.447

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufwerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Festverzinsliche Wertpapiere	45.002	39.381
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.611	1.868
Sonstiger Anteilsbesitz	1.002	1.116
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.246	2.916
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	50.861	45.281

Im März 2012 hat die Deutsche Bank an dem Schuldentauschangebot und der Einholung der Zustimmungserklärung bezüglich der Griechenland-Umschuldung, mit sämtlichen ihrer qualifizierenden griechischen Staatsanleihen teilgenommen. Die von der Deutschen Bank in den Schuldentausch eingebrachten Anleihen wurden aus der Bilanz ausgebucht und die neuen Instrumente entweder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Die festverzinslichen Wertpapiere beinhalteten aus der Umschuldung resultierende griechische Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 25 Mio € zum 30. Juni 2012 (Der beizulegende Zeitwert der griechischen Staatsanleihen zum 31. Dezember 2011, also vor der Umschuldung, betrug 211 Mio €).

Für weitere Informationen zu finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Zusammenhang mit bestimmten europäischen Ländern wird auf Seite 32 dieses Berichts verwiesen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden nach IAS 39 und IFRS 7 qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hat. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte, die unrealisierten Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, welche direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden, die Bandbreiten der Effektivzinssätze, basierend auf gewichteten Durchschnittssätzen einzelner Geschäftsbereiche, sowie die erwarteten erzielbaren Zahlungsströme jeweils zum Umwidmungsstichtag.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	-	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011 aller in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte.

in Mio €	30.6.2012		31.12.2011	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	6.366	5.225	6.733	5.501
Schuldtitle	831	801	859	823
Kredite	7.674	6.934	7.754	7.117
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	14.871	12.960	15.346	13.441
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	5.783	5.148	6.220	5.359
Kredite	1.353	1.483	1.337	1.427
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	7.136	6.631	7.557	6.786
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	22.007	19.591	22.903	20.227

¹ Verbriefte Vermögenswerte beinhalten Mortgage-backed Securities und Asset-backed Securities.

Verkäufe umgewidmeter Vermögenswerte unterliegen einem Steuerungs- und Genehmigungsprozess, in dessen Rahmen entschieden wird, ob der Verkauf die aus Sicht der Bank beste Option hinsichtlich Profitabilität, Kapitalposition und Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben ist. In den ersten sechs Monaten 2012 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 487 Mio €. Von den in der Berichtsperiode verkauften Vermögenswerten waren 406 Mio € aus den Handelsaktiva umgewidmet worden, einschließlich 237 Mio € Mortgage-backed Securities. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Nettoverlust von 27 Mio € geführt, von denen 22 Mio € aus verkauften Vermögenswerten, die aus den Handelsaktiva umgewidmet worden waren, resultierten. Der genannte Steuerungs- und Genehmigungsprozess bedingt, dass die verkauften Vermögenswerte aufgrund von zum Zeitpunkt der Umwidmung nicht vorhersehbaren Ereignissen verkauft wurden, einschließlich geänderter Kapitalvorschriften, die zu einem signifikant höheren Kapitalbedarf für den Konzern führten.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte aufgrund von Rückzahlungen und Endfälligkeiten um 227 Mio € bei Vermögenswerten, die aus den Handelsaktiva umgewidmet worden waren, und 395 Mio € bei Vermögenswerten, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden. Die in der Periode verbuchte Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultierte hauptsächlich aus verbrieften Vermögenswerten, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden.

Die folgende Tabelle zeigt die unrealisierten Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, hätte keine Umwidmung stattgefunden.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 268	241	- 82	442
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	2	1	- 3	1
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	100	134	198	283

Nach der Umwidmung haben die umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Zinserträge	172	192	328	387
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 16	- 79	- 58	- 100
Sonstige Erträge ¹	- 6	5	- 19	24
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	150	118	251	311
Zinserträge	58	35	96	70
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 84	-	- 96	-
Sonstige Erträge ¹	- 1	-	- 3	-
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	- 27	35	- 3	70

¹ Dies ist hauptsächlich auf die Verluste aus den Verkäufen umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps (CDSs), eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset-backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Abschnitt 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2011 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	99.791	110.329	10.446	99.487	103.327	11.272
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	13.748	815.883	18.862	15.947	822.009	21.626
Sonstige Handelsaktiva	797	22.217	4.268	847	20.773	5.218
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	10.159	184.648	4.583	6.907	168.224	5.162
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16.653	29.728	4.480	9.888 ¹	31.098 ¹	4.295
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	6.787 ²	-	-	7.511 ²	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	141.148	1.169.592	42.639	133.076¹	1.152.942¹	47.573
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	41.260	21.114	149	35.033	24.625	347
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	11.625	808.186	9.464	12.815	814.696	11.306
Sonstige Handelspassiva	59	4.227	-	22	3.845	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	31	112.637	1.669	116	116.198	2.004
Investmentverträge ⁴	-	7.333	-	-	7.426	-
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	4.695 ²	-198 ³	-	4.159 ²	-250 ³
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	52.975	958.192	11.084	47.986	970.949	13.421

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um 5.928 Mio € Zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte korrekt als Level 1 in der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente auszuweisen.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt bewertet wird. Die getrennt bewerteten eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt bewerteten eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt bewertete eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

⁴ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2011 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte reduzierten sich im Sechsmonatszeitraum 2012 um 4,9 Mrd €. Der Rückgang ist primär auf die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese verringerten sich hauptsächlich wegen Umgliederungen aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente infolge besser beobachtbarer Eingangsdaten und Veränderungen des Marktwerts.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen reduzierten sich im Sechsmonatszeitraum 2012 um 2,3 Mrd €. Der Rückgang ist primär auf die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese verringerten sich hauptsächlich wegen Umgliederungen aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente infolge besser beobachtbarer Eingangsdaten.

Es gab in der Berichtsperiode keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	449	294	743	412	434	846
Nettoabschreibungen	- 365	- 135	- 500	- 350	- 195	- 545
Abschreibungen	- 385	- 242	- 627	- 366	- 273	- 639
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	20	107	127	16	78	94
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	- 32	2	- 30	- 71	- 35	- 106
Bestand am Periodenende	2.063	2.311	4.374	1.633	1.857	3.491

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	127	98	225	108	110	218
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 12	2	- 10	2	- 11	- 9
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	1	1	- 1	- 6	- 7
Bestand am Periodenende	115	101	216	109	93	202

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	69.116	63.772
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	7.614	9.652
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.774	3.479
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	86.567	45.907
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	170.070	122.810
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.238	3.598
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	4.124	2.366
Sonstige	26.401	26.020
Sonstige Aktiva insgesamt	203.834	154.794

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	62.641	58.419
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	33.215	32.255
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.955	2.823
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	90.275	46.236
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	190.086	139.733
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	4.009	3.665
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	-	1.669
Sonstige	42.305	42.749
Sonstige Passiva insgesamt	236.400	187.816

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	108.563	104.906
mit variabler Verzinsung	39.703	46.735
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	6.685	6.781
mit variabler Verzinsung	4.804	4.994
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	159.755	163.416

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2012	31.12.2011
Ausgegebene Stammaktien	929,5	929,5
Eigene Aktien im Bestand	11,9	24,9
– davon Aktienrückkaufprogramm	11,5	24,1
– davon sonstige Bestände	0,4	0,8
Ausstehende Stammaktien	917,6	904,6

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Ab dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung des Kapitals sowie der Kapitalquoten des Konzerns die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und in Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden haben. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Risikoaktiva, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie die Kapitaladäquanzquoten des für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2012	31.12.2011
Kreditrisiko	255.799	262.460
Marktrisiko	65.004	68.091
Operationelles Risiko	51.832	50.695
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	372.635	381.246
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	37.833	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.785	12.734
Tier-1-Kapital	50.618	49.047
Tier-2-Kapital	5.406	6.179
Tier-3-Kapital	-	-
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	56.024	55.226
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	10,2 %	9,5 %
Tier-1-Kapitalquote	13,6 %	12,9 %
Gesamtkapitalquote	15,0 %	14,5 %

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals des Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	2.380	2.380
Kapitalrücklage	23.593	23.695
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	30.815	29.400
Vollständig vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (2a) KWG in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 14.551	- 14.459
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	- 1.434	- 1.332
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	- 2.493	- 2.863
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	- 477	- 508
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.404	- 4.703
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	37.833	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.785	12.734
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.785	12.734
Tier-1-Kapital insgesamt	50.618	49.047
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	65	70
Genussscheinkapital	1.150	1.150
Kumulative Vorzugsanteile	292	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	8.303	9.368
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.404	- 4.703
Tier-2-Kapital insgesamt	5.406	6.179

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011.

Basel 2.5 verlangt den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwerts vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 30. Juni 2012 betrug der Übergangsposten 274 Mio € gegenüber 319 Mio € zum 31. Dezember 2011. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 13,6% beziehungsweise 15,1% gegenüber 12,9% beziehungsweise 14,6% zum 31. Dezember 2011.

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt der Konzern im Auftrag seiner Kunden regelmäßig unwiderrufliche Kreditzusagen sowie aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen bestehende ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten. Im Rahmen dieser Verträge ist es für den Konzern erforderlich, gemäß einer verpflichtenden Vereinbarung zu handeln oder Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Für diese Haftungsverhältnisse ist dem Konzern im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Der Konzern berücksichtigt diese Haftungsverhältnisse in der Überwachung des Kreditrisikos und vereinbart gegebenenfalls Sicherheiten zur Reduzierung inhärenter Kreditrisiken. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die gesamten potenziellen Zahlungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz berücksichtigten Rückstellungen. Sie zeigt die Maximalbeträge der möglichen Auswirkungen auf den Konzern für den Fall, dass sämtliche dieser eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele ohne Inanspruchnahme auslaufen, entstehende Inanspruchnahmen durch die Auftraggeber ausgeglichen werden oder solche Inanspruchnahmen durch Erlöse aus Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden können.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Unwiderrufliche Kreditzusagen	136.691	127.995
Eventualverbindlichkeiten	69.051	73.653
Insgesamt	205.742	201.648

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Rechtsstreitigkeiten

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die wesentlichen Eventualverbindlichkeiten des Konzerns, bei denen mögliche Verluste mehr als unwahrscheinlich sind, beziehen sich auf rechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren, die nachfolgend beschrieben werden und die teilweise mehrere Ansprüche umfassen. In Bezug auf einige dieser Verfahren wurden auch Rückstellungen gebildet. Etwaige Rückstellungen oder die für diese Verfahren geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Die Anhangangabe 28 „Rückstellungen“ unseres Finanzberichts 2011 beschreibt, wie der Konzern Rückstellungen und erwartete Verluste in Bezug auf Eventualverbindlichkeiten schätzt und welche Ungewissheiten sowie Einschränkungen in dem Prozess immanent sind. Für die Verfahren, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. Juni 2012 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich ist, insgesamt auf € 2,5 Milliarden zusätzlich zu den dafür gebildeten Rückstellungen belaufen.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass durchgreifende Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer und forderte circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat das Verfahren mit einer noch andauernden Beweisaufnahme fortgesetzt und angeregt, dass die Parteien alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und Dr. Kirch sowie ihm nahestehenden Dritten vergleichen. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche keine Grundlage und weder die Kausalität der Interviewäußerung für irgendeinen Schaden noch die Höhe des geltend gemachten Schadens sind ausreichend dargelegt. Herr Dr. Kirch ist im Juli 2011 verstorben. Sein Tod hat keine Auswirkungen auf die Verfahren. Am 1. März 2012 hat die Deutsche Bank nach sorgfältiger Abwägung den Vorschlag für einen außergerichtlichen Vergleich nicht angenommen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei Ausreichung, Erwerb, Verbriefung, dem Verkauf von und Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (Residential Mortgage-backed Securities – RMBS), besicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), andere Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig oder dass verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

In Bezug auf zwei Emissionen von RMBS durch die Deutsche Bank wurde diese und einige derzeitige und ehemalige Mitarbeiter als Beklagte in einem am 27. Juni 2008 begonnenen und als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt. Im Nachgang zu einer Mediation hat das Gericht einen Vergleich in dieser Sache genehmigt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von Dritten und deren verbundenen Unternehmen einschließlich Countrywide Financial Corporation, IndyMac MBS, Inc., Novastar Mortgage Corporation und Residential Accredited Loans, Inc. begebenen RMBS beziehen. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery). Am 29. März 2012 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren gegen Novastar Mortgage Corporation ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen, wogegen die Kläger Rechtsmittel eingelegt haben.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen, einschließlich Allstate Insurance Company, Asset Management Fund, Assured Guaranty Municipal Corporation, Bayerische Landesbank, Cambridge Place Investments Management Inc., der Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Franklin Bank S.S.B., Citizens National Bank and Strategica Capital Bank), der Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), John Hancock, Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited, RMBS Recovery Holdings 4, LLC and VP Structured Products, LLC., Sachsen Landesbank, Sealink Funding Ltd., Stichting Pensioenfonds ABP, The Charles Schwab Corporation, The Union Central Life Insurance Company, The Western and Southern Life Insurance Co. und des West Virginia Investment Management Board eingeleitet wurden. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Deutsche Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung, doch können sich diese in Fällen, in denen die Emittenten jetzt oder in der Zukunft insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Am 6. Februar 2012 hat der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America und mit ihnen verbundenen Unternehmen abgewiesen. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und für andere Ansprüche den Klägern die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben.

Eine Anzahl weiterer juristischer Personen hat Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht und die Deutsche Bank hat mit einigen dieser juristischen Personen Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben können.

Am 3. Mai 2011 hat das US-Justizministerium (USDOJ) beim United States District Court for the Southern District of New York eine Zivilklage gegen die Deutsche Bank AG und MortgageIT, Inc. erhoben. Das USDOJ hat am 22. August 2011 eine geänderte Klage eingereicht. Die geänderte Klage, die auf den U.S. False Claims Act und allgemeine Rechtsgrundsätze gestützt wird, behauptete, dass die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Securities Inc. (DBSI), MortgageIT Inc. und die Deutsche Bank Securities Inc. dem Department of Housing and Urban Development's Federal Housing Administration (FHA) falsche Bestätigungen bezüglich der Einhaltung von FHA-Anforderungen zur Qualitätskontrolle durch MortgageIT und der Qualifizierung einzelner Darlehen für eine Versicherung durch die FHA vorgelegt haben. Nach der geänderten Klage hat die FHA Versicherungszahlungen in Höhe von 368 Mio US-\$ für Hypothekendarlehen geleistet, für die falsche Bestätigungen abgegeben worden waren. Die geänderte Klage zielte darauf ab, dreifachen Schadenersatz und den Ersatz zukünftiger Schäden aus von der FHA versicherten Darlehen zu erhalten; nach der geänderten Klage forderte das USDOJ über 1 Mrd US-\$ Schadensersatz. Am 23. September 2011 haben die Beklagten einen Antrag auf Abweisung der geänderten Klage gestellt. Nach einer Anhörung am 21. Dezember 2011 hat das Gericht dem USDOJ die Möglichkeit eingeräumt, eine zweite geänderte Klage einzureichen. Am 10. Mai 2012 verglich sich die Deutsche Bank mit dem USDOJ auf eine Zahlung von 202,3 Mio US-\$.

Am 8. Mai 2012 erzielte die Deutsche Bank mit Assured Guaranty Municipal Corporation („Assured“) einen Vergleich in Hinsicht auf Ansprüchen aus gewissen RMBS, die von der Deutschen Bank begeben und gezeichnet waren und die mit einer Finanzgarantie von Assured ausgestattet waren. Gemäß diesem Vergleich leistete die Deutsche Bank eine Zahlung von 166 Mio US-\$ und erklärte sich zu dem Beitritt zu einem Verlustteilungsvertrags bereit, um einen Prozentteil zukünftiger Verluste von Assured aus gewissen von der Deutschen Bank begebenen RMBS zu decken. Für alle unter diesem Vergleich derzeit erwarteten Zahlungen der Deutschen Bank wurden in vorherigen Quartalen Rückstellungen gebildet. Dieser Vergleich erledigt zwei Rechtsstreite mit Assured, die sich auf die Versicherung von Finanzgarantien beziehen und limitiert gleichzeitig die Ansprüche in einem dritten Rechtsstreit, in dem alle zugrunde liegenden Hypothekensicherheiten von Greenpoint Mortgage Funding, Inc. (einer Tochtergesellschaft von Capital One) gestellt wurden und die verpflichtet ist, die Deutsche Bank freizustellen.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und die Deutsche Bank Securities Inc. sind Beklagte in 21 Verfahren, in denen verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Einzelstaaten wegen des Angebots und Vertriebs von Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) geltend gemacht werden. Von diesen 21 Einzelklagen sind noch vier anhängig, während 17 ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurden. Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene ARS gekauft haben und noch halten. Im Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Das von den Klägern hiergegen eingelegte Rechtsmittel wurde von diesen freiwillig zurückgezogen und das Rechtsmittel im Dezember 2011 abgewiesen. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden um den 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden auf Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 und die Behauptung gestützt, dass Registrierungsdokumente und Prospekte für diese Wertpapiere wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Am 19. August 2011 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Die Beklagten haben die erneute Prüfung des abgelehnten Teils des Klageabweisungsantrags beantragt. Am 20. September 2011 haben die Kläger eine zweite abgeänderte Klage eingereicht, die keine Ansprüche mehr in Bezug auf Wertpapieremissionen aus dem Oktober 2006 enthält.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank AG hat von Aufsichts- und Regierungsbehörden, einschließlich der U.K. Financial Services Authority, dem US-Justizministerium, der U.S. Commodity Futures Trading Commission und der Europäischen Kommission verschiedene förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen im Zusammenhang mit der Quotierung von Zinssätzen im Interbankenmarkt für verschiedene Währungen erhalten. Diese Anfragen beziehen sich auf verschiedene Zeiträume zwischen 2005 und 2011. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Darüber hinaus wurden gegen die Deutsche Bank AG, ein mit ihr verbundenes Unternehmen und zahlreiche andere Banken eine Reihe von zivilrechtlichen Klagen, einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, bei Bundesgerichten in den USA eingereicht. Alle bis auf eine dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf LIBOR bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten auf verschiedene Weise den US-Dollar-LIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den US-Dollar-LIBOR bezogene Derivate in verschiedenen Märkten manipuliert. Die andere Klage wurde spät im April 2012 für bestimmte Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf Euroyen bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten den Yen-LIBOR und den Euroyen-TIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den Euroyen bezogene Derivate manipuliert. Die Klagen werden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich Verletzungen des Commodity Exchange Act und kartellrechtlicher Vorschriften. Die zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich des US-Dollar-LIBOR wurden zur Durchführung eines Vorverfahrens im United States District Court for the Southern District of New York zusammengeführt. Später im Juni 2012 haben die Beklagten in den US-Dollar-LIBOR bezogenen Verfahren Anträge auf Abweisung der Klagen gestellt.

Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten

Von 2005 bis 2008 hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der US-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite zurückzukaufen oder Käufer, andere Investoren oder Kreditversicherer von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen. Wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass es keine Anspruchsgrundlage für den geforderten Rückkauf gibt, weist sie diesen zurück und betrachtet ihn für Zwecke der Weiterverfolgung nicht länger als offen.

Zum 30. Juni 2012 bestehen gegenüber der Deutschen Bank noch unerledigte Rückkaufforderungen in Höhe von circa 2,6 Mrd. US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags ohne von der Deutschen Bank abgelehnten Rückkaufforderungen). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in nicht erheblicher und ihrer Ansicht nach angemessener Höhe gebildet. Es gibt weitere mögliche Rückkaufansprüche, von denen die Bank erwartet, dass diese gestellt werden könnten, aber auch für diese kann die Deutsche Bank weder den Zeitrahmen noch die Höhe der Rückkaufansprüche verlässlich einschätzen. Zudem kann die Deutsche Bank nicht verlässlich einschätzen, inwieweit von ihr bereits abgelehnte Rückkaufforderungen erneut geltend gemacht werden und, wenn das der Fall ist, wie die Erfolgsrate gegen die Abwehr solcher Ansprüche sein wird. Rückkaufansprüche für Hypothekenkredite, die im Wege von Rechtsstreitigkeiten gegen die Deutsche Bank geltend gemacht wurden, ob nach Ablehnung durch die Bank oder anderweitig, sind unter operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten eingeordnet.

Zum 30. Juni 2012 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von 2,5 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag, Rückkäufe getätigt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und Vergleichen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren würden, in Höhe von circa 41,5 Mrd US-\$ entlastet.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen, einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten, wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2012 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 8 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 14 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2011 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 11 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Während des Geschäftsjahres 2010 bis zum ersten Quartal 2011 erhielt eine Person in Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Für eine detaillierte Darstellung der Veränderung der Personen in Schlüsselpositionen im Berichtsquartal verweisen wir auf den Abschnitt „Vorstand und Aufsichtsrat“ dieses Berichts.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im ersten Halbjahr 2012 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2011 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2012	31.12.2011
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	5.158	4.329
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	249	1.211 ¹
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	392	307
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 13
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	- 62
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand^{2, 3}	5.014	5.158
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	25	53
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	42	22
Garantien und sonstige Verpflichtungen	255	262

¹ Der Betrag der Forderungen aus dem Kreditgeschäft aus dem Jahr 2011 resultierte hauptsächlich aus der Restrukturierung eines Kreditgeschäfts. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft entstandene Zinserträge beliefen sich auf 230 Mio €.

² Zinserträge auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft beliefen sich zum 30. Juni 2012 auf 93 Mio €.

³ Davon waren zum 30. Juni 2012 6 Mio € und zum 31. Dezember 2011 keine Forderungen überfällig.

Einlagen

Von nahestehenden Unternehmen erhaltene Einlagen entwickelten sich im ersten Halbjahr 2012 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2011 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2012	31.12.2011
Einlagen, Anfangsbestand	247	220
Einlagenzuflüsse	186	258
Einlagenabflüsse	194	190
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 2	- 41
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	0
Einlagen, Endbestand	238	247

Sonstige Geschäfte

Zum 30. Juni 2012 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 213 Mio € (31. Dezember 2011: 221 Mio €). Zum 30. Juni 2012 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 10 Mio € (31. Dezember 2011: 19 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2012 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank im zweiten Quartal 2012

Nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG („Postbank“) am 5. Juni 2012 und der Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 trat der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag („der Vertrag“) gemäß § 291 Aktiengesetz („AktG“) zwischen der Postbank als beherrschtem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen im zweiten Quartal 2012 in Kraft. Gewinnabführung und Verlustausgleich gelten rückwirkend seit 1. Januar 2012.

Der Vertrag sieht vor, dass den Minderheitsaktionären der Postbank entweder eine Barabfindung gemäß § 305 AktG in Höhe von 25,18 € je Aktie der Postbank, die bis zum 20. August 2012 angedient werden, oder eine Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG in Höhe von gegenwärtig 1,66 € je Aktie der Postbank (nach Unternehmenssteuern, vor individueller Steuerbelastung des Aktionärs) für jedes volle Geschäftsjahr zusteht.

Mit Abschluss des Vertrags im zweiten Quartal 2012 buchte die Deutsche Bank den Anteil ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank aus dem Konzern-Eigenkapital aus (248 Mio €), da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank Aktien halten. Gleichzeitig erfasste der Konzern gemäß dem Barabfindungsangebot eine Verbindlichkeit für die Verpflichtung zum Erwerb der Aktien (338 Mio €), welche auch dem Barwert der zukünftigen Ausgleichszahlungen an die Minderheitsaktionäre entspricht. Die Verbindlichkeit wurde durch Ausbuchung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss und eine ausgleichende Buchung im den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital (Kapitalrücklage) erfasst. Demgemäß hat der Konzern nunmehr damit begonnen, das Ergebnis der Postbank vollständig den Aktionären der Deutschen Bank zuzuordnen. Beginnend mit dem Tag der Eintragung ins Handelsregister wurde die Verbindlichkeit neu bewertet und der Konzern grenzte ungefähr 1 Mio € für die erwarteten Ausgleichszahlungen als Zinsaufwendungen ab.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. Juni 2012.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. Juni 2012 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 4,1 Mrd € (31. Dezember 2011: 2,4 Mrd €) und die Veräußerungsgruppen enthielten keine Verbindlichkeiten (31. Dezember 2011: 1,7 Mrd €).

Zum 25. April 2012 hat der Konzern das Engagement bei Actavis aus dem Konzernbereich Corporate Investments als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Veräußerungsgruppe besteht hauptsächlich aus 4,0 Mrd € Krediten und 33 Mio € nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich im vierten Quartal 2012 verkauft. Aufgrund des wesentlichen Fortschritts bei den Vertragsverhandlungen mit Dritten über den Erwerb von Actavis hat der Konzern im ersten Quartal 2012 vor der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt eine Abschreibung in Höhe von 257 Mio € vorgenommen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner weiteren Wertminderung im zweiten Quartal 2012.

Darüber hinaus hat der Konzern eine Veräußerungsgruppe aus dem Unternehmensbereich Asset & Wealth Management, die sich hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen zusammensetzt, zum Verkauf bestimmt. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu einer Wertminderung in Höhe von 1 Mio €, die im zweiten Quartal 2012 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde.

Zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011 wurden keine unrealisierten Gewinne oder Verluste im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Veräußerungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Corporate Investments	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	2. Quartal 2012
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe, die hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien besteht.	Die Klassifizierung der Veräußerungsgruppe als zum Verkauf bestimmt führte im Jahr 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 22 Mio €. Im Jahr 2012 wurde keine zusätzliche Wertminderung oder Wertaufholung gebucht.	1. Quartal 2012
Asset & Wealth Management	Mehrere Veräußerungsgruppen sowie mehrere Vermögenswerte, die im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal. Openheim gekauft wurden.	Keine.	2012

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen.	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte zu einer anfänglichen Wertminderung in Höhe von 2 Mio € im Jahr 2011 und, aufgrund einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten, zu einer nachfolgenden Wertaufholung in Höhe von 2 Mio € im ersten Quartal 2012.	2. Quartal 2012, da trotz Verkaufsbemühung kein Käufer gefunden wurde.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Juni 2012 hat der Konzern einen Prozess zur Überprüfung seiner Strategie gestartet. Detaillierte Ergebnisse wird der Konzern dazu im September zur Verfügung stellen. Als Zwischenergebnis dieses fortlaufenden Prozesses hat der Konzern Kosteneinsparungen in Höhe von etwa 3 Mrd €, bezogen auf die dem ersten Halbjahr 2012 zugrunde liegende Basis unserer zinsunabhängigen Aufwendungen, identifiziert. Diese Einsparungen berücksichtigen keine Investitionen zur Unterstützung des künftigen geschäftlichen Wachstums und ihre Umsetzung wird zunächst signifikante Aufwendungen verursachen. Zudem beinhaltet dies die vollständige Umsetzung der bereits veröffentlichten Aktivitäten zur Integration der Postbank, die etwa 500 Mio € zu den genannten Einsparungen von 3 Mrd € beitragen werden. Als sofortige Maßnahme wird der Konzern die Anzahl seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1.900 reduzieren, davon 1.500 in CB&S sowie in den zugehörigen Infrastrukturbereichen. Diese Maßnahmen dürften etwa 350 Mio € zu dem Gesamtziel von 3 Mrd € beitragen.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichten wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen. Auf IFRS basierende Finanzkennzahlen werden um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (gemäß Zielgrößendefinition)

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (gemäß Zielgrößendefinition) im mehrjährigen Durchschnitt basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns. Beide werden nachfolgend definiert.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	960	1.778	2.838	4.799
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	- 15	- 54	- 44	- 142
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	945	1.724	2.794	4.656
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	-	-	-	- 236 ¹
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	-	-	-
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	945	1.724	2.794	4.420

¹ Positiver Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC), die nach der Equitymethode bilanziert wurde. Dieser Betrag basiert auf der Darstellung des ersten Quartals 2011. Er beinhaltet einen Bruttogewinn in Höhe von 263 Mio €, der zum Teil durch erwartete Kosten in Höhe von 26 Mio € vermindert wurde, die sich später im Jahr 2011 nicht materialisiert haben.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Der Konzern bereinigt das durchschnittliche

den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um die durchschnittliche Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet werden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewandt.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	55.676	50.005	54.988	49.703
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Durchschnittliche Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung ¹	428	368	512	318
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	-784	-610	-772	-672
Durchschnittliches Active Equity	55.319	49.763	54.728	49.349

¹ Der aus der Durchschnittlichen Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung resultierende Steuereffekt betrug im zweiten Quartal 2012 minus 365 Mio € (zweites Quartal 2011: minus 314 Mio €) und im Sechsmonatszeitraum 2012 minus 425 Mio € (Sechsmonatszeitraum 2011: minus 341 Mio €).

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (Zielgrößendefinition) wird nachfolgend dargestellt. Zum Vergleich wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital definiert. Ebenfalls zum Vergleich wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am durchschnittlichen Active Equity definiert.

in %	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	6,8 %	13,9 %	10,2 %	17,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	6,8 %	13,8 %	10,2 %	18,7 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	6,8 %	13,9 %	10,2 %	18,9 %

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition)

Als Teil seines Bilanzmanagements verwendet der Konzern eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition mit Anpassungen der Bilanzsumme gemäß IFRS und des Eigenkapitals ermittelt wird. Diese angepassten Kennzahlen, die keine Messgrößen nach IFRS sind, werden in diesem Bericht im Abschnitt „Risikobericht – Bilanzmanagement“ erläutert.